



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Januar 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 470 Postulat Wyss Josef und Mit. über branchenspezifische Härtefallentschädigung für die Gastronomie- und Tourismusbranche / Finanzdepartement

Das Postulat P 470 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 112 zu 0 Stimmen zu.

Das Postulat P 470 und die Anfrage A 471 von Josef Wyss über die coronabedingte Lage der Luzerner Gastronomie- und Tourismusbranche werden als Paket behandelt.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 470 vor: Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung. Josef Wyss ist damit einverstanden.

Josef Wyss ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Josef Wyss: Ich kann durchaus mit der teilweisen Erheblicherklärung meines Postulats leben, insbesondere weil das fraktionsübergreifende Postulat P 482 erheblich erklärt wurde. Ich komme nur kurz zu den Antworten auf meine Anfrage: Ich danke der Regierung für die Beantwortung meiner Fragen. Ich stehe dazu, dass ich das grosse Ansteckungsrisiko in der Gastronomiebranche, wie es vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) dargestellt wird, infrage stelle. Gemäss einer Erhebung des BAG selbst liegt die Ansteckung in der Gastronomie unter 5 Prozent. Die guten Schutzkonzepte, welche die Branche erarbeitet und durchgesetzt hat, haben das Ansteckungsrisiko massiv reduziert. Ich glaube, man setzt sich einem mindestens ebenso hohen Risiko aus, wenn man zu Stosszeiten den öffentlichen Verkehr benützt. Aber letztlich bringt es nichts, sich gegenseitig den Schwarzen Peter zuzuspielen. Fakt ist, dass einer ganzen Branche ein Arbeitsverbot auferlegt wurde. Das liegt definitiv ausserhalb der unternehmerischen Eigenverantwortung des einzelnen Unternehmens. Ich begrüsse deshalb die schnelle Unterstützungslösung, welche vom Finanzdepartement erarbeitet und von der Regierung beschlossen wurde. Obwohl eine Unterstützung beschlossen wurde, bleibt die Unsicherheit der ganzen Branche. Die Gastronomen müssen wissen, unter welchen Bedingungen sie ihre unternehmerische Tätigkeit wieder aufnehmen können. Natürlich hat der Bund die Entscheidungsgewalt in der Gastronomie, aber die Kantone können sich entsprechend einbringen. Eine minimale Planungssicherheit wäre aus unserer Sicht wünschenswert. Ich finde, die Gastronomie- und die Tourismusbranche sind nicht nur ein wichtiger Teil einer vitalen Kultur- und Wirtschaftslandschaft, wie es die Regierung schreibt; vielmehr ist diese Branche aus meiner Sicht eine für den Kanton massgebende Wirtschaftskraft. Damit dies auch in Zukunft der Fall sein wird, müssen wir nun die Grundlagen und Perspektiven für eine ganze Branche schaffen. Die Politik muss die Gastronomie ermutigen, damit sie die Zukunft richtig anpackt. Die Politik steht in der Mitverantwortung für die Nach-Corona-Phase. Wir dürfen nicht zu lange warten, sonst ist es definitiv zu spät, und wir würden gegenüber anderen inländischen und ausländischen

Tourismusdestinationen ins Hintertreffen geraten. Ob die beschlossenen Massnahmen ausreichen, um die vor der Pandemie gesunden Strukturen zu erhalten, wird sich erst mit der Zeit zeigen. Gegebenenfalls müssen wir nochmals reagieren.

Jörg Meyer: Zum Postulat von Josef Wyss hätte ich eigentlich einen Ordnungsantrag parlamentsrechtlicher Art für eine neue Kategorie «teilweise Erheblicherklärung trotz Erfüllung». Ich glaube, die Forderungen des Postulats sind erfüllt, aber die SP-Fraktion schliesst sich der Regierung für die teilweise Erheblicherklärung an. Das Thema wird endlich von allen erkannt, aber es geht letztlich nicht nur darum, branchenspezifisch für die Gastronomie- und Tourismusbranche eine Lösung zu finden. Einen Kommentar noch zur Anfrage: Es sind spannende Fragen, bei gewissen habe ich etwas die Stirn gerunzelt. Ich weiss nicht genau, wie eine Differenzierung von Gastronomiebetrieben hätte aussehen sollen. Wäre das abhängig vom Gastronomieangebot, ob es zum Beispiel eine Betriebskantine ist, oder von der Grösse? Einem unbürokratischen Vollzug wäre eine Ausdifferenzierung sicher nicht dienlich. Wir alle möchten Planungssicherheit, aber wir wissen, dass diese wegen Corona nur etwa zwei Wochen da sein kann. Damit zu leben, ist anspruchsvoll. Eine Frage bezüglich Fixkostenentschädigungen, die nicht in der Anfrage enthalten ist, aber sehr spannend wäre: Wenn ich das richtig verstanden habe, sollten spätestens nächste Woche Gelder aus dem 40-Millionen-Franken-Topf ausbezahlt werden. Wie weit wurden diese pauschalen Prozentsätze zum Beispiel für die Gastronomie festgelegt?

Daniel Keller: Die Forderungen des Postulats sind mit den in den vorherigen Paketen bereits erwähnten Härtefallmassnahmen beziehungsweise mit dem zweiten Dekret weitgehend erfüllt. Aus diesem Grund wird die SVP-Fraktion für die teilweise Erheblicherklärung stimmen. Wir sind dezidiert der Meinung, dass es keine staatliche Sanierung maroder Betriebe aus dem Gastrobereich und der Hotellerie braucht. Darum ist es wichtig, dass kein Geld an Betriebe fliesst, gegen die Betreibungen laufen oder bei denen Steuerrechnungen offen sind. Das wäre eine unsinnige Strukturhaltung. Auf der anderen Seite muss man jedoch sehen, dass viele solche Betriebe mit kleinen Margen arbeiten und keine Möglichkeit haben, angemessene Reserven zu schaffen. Das liegt ein wenig in der Natur der Sache und ist auch in vielen anderen Industrieländern so. Es braucht schon auch Idealisten, welche die Gastronomie in der heutigen Form weiterführen und uns bei Bedarf bewirten, oder wollen Sie alle in den Dörfern und in den Städten nur noch vorwiegend Take-aways? Viele Betriebe sind durch die Covid-Schliessungen unverschuldet in Schwierigkeiten geraten, und es ist folgerichtig, dass diese Betriebe nun angemessen und schnellstmöglich entschädigt werden. Das ist entsprechend vorgesehen, nur die Frage ist, wie lange diese Endlosschleife ohne konkrete Perspektiven noch dauert. Zur letzten Frage der Anfrage, wie es nach Corona weitergehen soll: Der Bundesrat entscheidet in diesem Fall über einen Lockdown. Es ist an der Zeit, dass eine klare Strategie bezüglich der staatlichen Zwangsmassnahmen gegen die Wirtschaft erkennbar wird. Das gilt für die Entscheide des Bundes und der Kantone, welche beim Bundesrat konsultativen Charakter haben. Wenn man immer neue Gründe für Schliessungen sucht, wird man immer welche finden. Zuerst sind es zu hohe PCR-Werte, dann R-Werte, dann nicht genügend Pflegepersonal, dann müssen die nicht genügend zertifizierten Betten erhalten, aktuell sind es mutierte Viren. Wir müssen wirklich darauf achten, dass die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Kultur in unserem Land nicht an die Wand gefahren wird.

Simon Howald: Während Online-Shops in den letzten Monaten neue Umsatzrekorde verbuchen, wird die im Postulat erwähnte Gastronomie- und Tourismusbranche durch die verschärften Covid-19-Massnahmen erneut hart getroffen. Es geht ums Überleben zahlreicher Betriebe und um die Sicherung vieler Arbeitsstellen inklusive Lehrlingsstellen. Aus Sicht der GLP muss der aktuellen Situation zügig mit geeigneten Massnahmen begegnet werden. Die Unterstützung soll zielgerichtet und nicht nach dem Giesskannensystem erfolgen. Jetzt ist rasche Hilfe gefragt, die unbürokratisch und ohne unnötige Hindernisse über die Bühne gehen muss. Die GLP sieht den Bedarf an Unterstützung nicht nur bei der erwähnten Gastronomie- und Hotelleriebranche, sondern

auch bei weiteren unverschuldet von Covid-19 betroffenen Unternehmen anderer Branchen. Für all diese Betriebe sollen die in diesem Postulat vorgeschlagenen Lösungsansätze geprüft werden. Die GLP-Fraktion ist für die teilweise Erheblicherklärung dieses Postulats.

Monique Frey: In diesem Postulat werden verschiedene Punkte angesprochen, welche heute bereits diskutiert wurden. Es wird noch einmal klar, dass man die Hürde von 40 Prozent Umsatzeinbusse sicher herabsetzen muss, damit man viel mehr Betriebe unterstützen und das bestehende Angebot in der Gastronomie- und Tourismusbranche auch über die Krise hinaus retten kann. Uns gefällt in diesem Postulat das Wort «zielgerichtet» überhaupt nicht. Was heisst das ganz genau? Wen will man unterstützen? Was ist die versteckte Agenda dahinter? Man will keine Giesskanne, sondern zielgerichtet unterstützen. Wir unterstützen es, dass Betriebe kein Geld erhalten, wenn gegen sie ein Konkurs- oder Liquidationsverfahren läuft. Sonst sollte man aber alle Betriebe mit einbeziehen, auch kleine Betriebe und Take-aways. Es darf nicht vergessen werden, dass dahinter ganz viele Familien stecken, die dank dieser Betriebe ein Einkommen haben und nicht auf das Sozialamt oder auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen sind. Die Betriebe können oftmals nicht grosse Reserven schaffen. Aber wer hat gedacht, dass wir in eine so lange Krise kommen würden? Auch Betriebe, die mit wenig Ressourcen auskommen, werden derzeit in den Ruin getrieben. Die G/JG-Fraktion stimmt für die teilweise Erheblicherklärung, weil wir die 30 Prozent sehr gut finden, aber «zielgerichtet» nicht unterstützen können. Wir wollen eine breite Unterstützung, auch wenn das eine Giesskannenunterstützung ist, und sind überzeugt, dass man damit ganz viele Arbeitsplätze erhalten und Familien davor bewahren kann, auf das Sozialamt gehen zu müssen.

Patrick Hauser: Zum Postulat 470: Ich danke Josef Wyss für seinen Einsatz für meine Branche. Aus meiner Sicht sind aber Branchenbevorzugungen klar abzulehnen. Alle stark betroffenen Branchen sollen möglichst fair und gleichwertig behandelt und entschädigt werden. Mit dem neuen Härtefallpaket von 40 Millionen Franken für behördlich geschlossene Betriebe und dem Postulat P 482, das heute Morgen erheblich erklärt wurde, werden die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb die teilweise Erheblicherklärung des Postulats P 470. Zur Anfrage A 471: Die Fragen von Josef Wyss sind die richtigen. Die Regierung versucht dann auch, gute Antworten auf die gestellten Fragen zu geben. Bei der Frage 2 schafft sie es jedoch nur mangelhaft, die entsprechende Evidenz für die rigorosen Massnahmen in unserer Branche zu benennen, wie wir das auch von der nationalen Ebene kennen. Bei der Beantwortung der Frage 5 kann eventuell eine Verbindung zum Postulat P 480 von Urban Frye hergestellt werden, das zwischenzeitlich zurückgezogen wurde. Bei der Antwort zu Frage 10 wage ich zu bezweifeln, ob die Erholung wirklich so schnell vonstattengehen wird, wie das die Regierung schreibt. Aber bekanntlich stirbt die Hoffnung zuletzt, und mit diesem hoffnungsvollen Blick in die Zukunft lassen sich vielleicht auch die aktuellen Feuerwehrlübungen besser in den Hintergrund drängen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Zum Postulat wurde heute schon zu Beginn des Morgens viel gesagt. Im Wesentlichen kann man sagen, dass die Forderungen mit dem Postulat P 482 ganz zentral aufgenommen wurden. Eine weitere Differenzierung sehen wir nicht. Bezüglich der Anfrage möchte ich gerne drei Aussagen machen. Zu den Perspektiven: Die Perspektiven sind jetzt sehr konkret. Wir haben klar definiert, wie wir vorgehen wollen. Die betroffenen Branchen wissen genau, bis wann welche Unterstützung möglich ist. Ich glaube das ist sehr gut erkennbar. Zu Frage 2, die von Patrick Hauser angesprochen wurde: Diese Evidenz kann als kritisch beurteilt werden, wir halten uns hier aber zurück, da die Schliessung der Gastronomie nicht auf unserer Ebene angeordnet wurde. Es ist also auch nicht unsere Aufgabe, hier darzulegen, welches die entsprechenden Kriterien waren. Wir müssen uns an das AKV-Prinzip halten. Zur Frage von Jörg Meyer, wie es genau mit der Auszahlung aussieht: Die behördliche Schliessung wurde bis jetzt für einen bestimmten Zeitraum vorgenommen. Wir gehen aktuell davon aus, dass die Situation Ende Februar anders aussieht. Das ist unser Zeitpunkt, aufgrund dessen wir heute die Beurteilung und die Auszahlung vornehmen. Schliessungszeiten im Frühjahr 2020 werden ebenfalls

berücksichtigt. Zudem geht es jetzt darum, dass es eben Branchen gibt, die keine grossen Gewinne machen und darum nicht in der Lage sind, ihre Fixkosten über einen bestimmten Zeitraum selber zu tragen. Das ist die Fragestellung, die branchenspezifisch und auch betriebsspezifisch gelöst werden muss. Das ist die Zielsetzung für die behördlich geschlossenen Betriebe. Bei der ordentlichen Härtefallhilfe haben wir von einer generellen Flexibilisierung gesprochen. Das ist in dieser Zweiteilung eine relativ überschaubare Anzahl von Unternehmen. Da wollen wir vorab unternehmensspezifische Lösungen finden, um den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Der Rat erklärt das Postulat mit 112 zu 0 Stimmen teilweise erheblich.